

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.,
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Der Kampf, der seit längerer Zeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsfrage entbrannt ist und nach Verdrängung des kleineren Parteigeschlechtes in dem amtlichen Parteiorgan mit großer Heftigkeit ausgefochten wird, ist seit einigen Tagen zu vorläufigem Stillstande gekommen. Unmittelbar hinter einander haben im „Vorwärts“ die beiderseitigen Führer Vebel und v. Elm erklärt, daß sie durch anderweitige Tätigkeit genötigt seien, den Kampf für kurze Zeit einzustellen, daß sie aber nach Erledigung der dringenden Arbeiten ihn wieder aufnehmen würden. Ob dies wirklich der Fall sein wird oder ob nicht etwa die Waffenruhe einen längeren, vielleicht dauernden Waffenstillstand einleiten soll, muß abgewartet werden. In beiden Lagern wird man zu der Einsicht gelangt sein, daß eine Fortsetzung des Kampfes für die innere Stärke der Partei verhängnisvoll werden könnte. Um den Klugheit zu verdeutlichen, hat der „Vorwärts“ zunächst die Aufmerksamkeit abzulenken versucht, indem einmal mit dem bekannten regelmäßigen Briefschreiber in der „Neuen Zeit“ ein vorläufiges und harmloses Geplänkel begonnen, dann aber auch wieder mit dem alten verhassten Gegner in der holländischen Sozialdemokratie angebandelt wird. Da aber Vebel nicht recht hat verlangen wollen, so wird jetzt wieder zu dem mehrfach bewährten Mittel gegriffen, indem wieder einmal ein zunächst nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Altkleid herorgezerrt wird. Es ist, wie wir bereits erwähnt haben, ein Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungs-Präsidenten vom 29. Juli d. J., durch den deren Wirksamkeit erneut auf die Maßregeln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gelenkt worden ist. Es wird darin den Behörden zur Pflicht gemacht, ihr Augenmerk auf die Fortschritte der Sozialdemokratie zu richten, und auf geeignete Mittel zu ihrer Bekämpfung hinzuwirken. Diese Mittel sind theils, bei drohender Gefahr für die Ruhe und Ordnung, polizeilicher und militärischer Art, theils aber ertheilen sie die innerliche Überwindung der Sozialdemokratie, da anerkannt wird, daß staatliche Machtmittel allein nicht ausreichen. Es wird namentlich auf die Belehrung und Aufklärung in Vereinen und Versammlungen sowie durch eine gute Presse, auf die Abwehr verwerthender Agitation, auf die Pflege eines humanen ethischen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Nachdruck gelegt. Besonders wird die Aufmerksamkeit auf die sozialistische Verarbeitung des platten Landes hingelenkt. Wir sehen nicht ein, wie für Einwendungen man gegen diese auf alle Fälle wohlgemeinten Maßnahmen und Rathschläge erheben könnte. Daß die Sozialdemokratie für die öffentliche Ordnung eine ernste Gefahr in sich birgt, ist ihr bekümmert, vielmehr von den höchsten Stellen, u. A. vom Reichstanzler, ja selbst vom Kaiser offen ausgesprochen worden. Daß ferner die letzten Reichstagswahlen eine abermalige numerische Zunahme der Anhänger der Umsturzbewegung erwiesen haben, wird allgemein zugestanden, weil die Zahlen es beweisen; nur daß in vielfach in Zweifel gezogen worden und wird auch in dem Erlaß nicht bestritten, sondern nur als der tatsächlichen Anhaltspunkte entbehrend bezeichnet, daß mit der numerischen Stärke der Partei auch die innere Stärke zugenommen hat, oder ob diese nicht vielmehr ihren Höhepunkt erreicht und bereits überschritten habe. Auch die Mittel, die der Minister gegen die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie in Anwendung zu bringen empfiehlt, sind nicht neu, sondern nur in übertrieblicher Weise zusammengefaßt und von Maßregeln, die der gesellschaftlichen Unterlage entsprechen, ist in dem Erlaß mit keiner Silbe die Rede. Man sieht daher nicht recht, was die Veröffentlichung bezweckt, und der Minister wird jedenfalls dadurch in keiner Weise bloßgestellt, was der „Vorwärts“ gewiß gern gesehen hätte. Wohl aber werden die leitenden Behörden durch die immer sich wiederholende Indiskretion, die mit der Veröffentlichung von Altkleiden getrieben wird, veranlaßt, darauf bedacht sein müssen, Mittel zu ergreifen, die einem ferneren Mißbrauch abzuwehren geeignet sind, und es würde nicht überflüssig kommen, wenn künftighin auch im inneren Verwaltungsbereich eine Maßregel ergriffen werden sollte, die bisher nur im Verkehr mit den auswärtigen diplomatischen Agenten üblich ist, nämlich die Anwendung der Chiffersprache.

Wieviel werden Beschränkungen laut, und äußern sich auch in Eingaben an die Volksvertretung, daß durch den in dieser Tagung im Reichstags zu verhandelnden Entwurf über die Abgabengestaltung der realen Abgabengewerbesteuer geschädigt werden würde. Diese Beschränkungen sind grundlos. Der Entwurf bezweckt durchaus nicht, den Eigentumsvorbehalt aufzuheben, sondern nur die Verwirklichung und zwar dahin abzuändern, daß, wie dies nun recht und billig ist, beim Rücktritt vom Pachte Kaufveräußerer verpflichtet ist, dem anderen Theile die empfangene Leistung zurückzugewähren. Man wird doch unmöglich behaupten wollen, daß das bisher bei dem Abschluß von Abgabengewerbesteuer übliche Verfahren, wonach dem Käufer bei Nichterhaltung seiner Verpflichtungen die Rückgabe der gebrauchten Waare ohne jeden Anspruch auf die von ihm bereits gezahlten Raten des Kaufpreises oblag, der Gerechtigkeit oder gar der Billigkeit entspricht. Die realen Abgabengewerbesteuer haben dieselbe Gebrauchsgehalt, weil er ihnen die größte Sicherheit bot, die unzureichend aber, um gerade aus den Verlegenheiten der Käufer Vortheile zu ziehen. Es werden von den Letzteren die verwerflichsten Praktiken angewendet, um Vermögenslose Personen zum Abschluß von Abgabengewerbesten zu überreden in der Voraussetzung, daß diese Verträge von den Käufern nicht eingehalten werden können. Diesem Treiben wird der Entwurf, der übrigens in der vorletzten Reichstagsagung schon in die zweite Plenarberatung gelangt war und demnach jetzt die größte Aussicht auf schnelle Erledigung hat, entgegenzutreten. Die realen Abgabengewerbesteuer werden davon keinen Schaden, sondern infolgedessen, als sich nach Befestigung dieser Auswüchse das Ansehen des Abgabengewerbesten heben wird, Vortheile haben.

Nachdem die Altkleider der Kaufmannschaft in ihrer letzten Sitzung beschlossen haben, bei dem Minister des Innern wegen Bewilligung weiterer Ausnahmestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe für die letzten Sonntage des Jahres vorstellig zu werden, haben gestern Abend, in Uebereinstimmung mit der von uns gegebenen Anregung, auch die Stadtverordneten beschlossen, den

Magistrat aufzufordern in diesem Sinne zu wirken. Hoffentlich hat dieser neue Versuch zum Erfolg. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen, obwohl Herrn Singer, dem Wortführer derselben, unmöglich unbekannt sein kann, daß er sich mit dieser Haltung in Widerspruch mit zahllosen Genossen befindet, welche selbständige kleine Gewerbetreibende sind.

Der „Köln. Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet:

Die Pariser Meldungen, daß der deutsche Botschafter in Paris mit dem französischen Minister des Auswärtigen Unterredungen gehabt habe über die für die Entdeckung der Attentäter zu ergreifenden Polizeimaßregeln, sowie über Maßnahmen, welche gegen den Anarchismus ergriffen werden sollen, sind trotz harter Wiederholung von Paris aus falsch. Deutschland hat keineswegs die Absicht, den Anarchismus anzubahnen; vielmehr herrscht durchaus keine Unwissenheit darüber, ob die Attentate rein anarchistischen Ursprungs sind.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Der „Kreuz-Ztg.“ ist durch den Verlauf der Staatsdebatte in sehr ablehnerischer Weise gegenüber, hauptsächlich wohl darum, weil die schon in der ersten Lesung der Handelsverträge von verschiedenen Seiten laut gewordene Verurtheilung der agrarischen Agitationen sich in der Staatsdebatte in der Weise fortsetzte, daß man sich freikonservativ und konföderativ gegen die Billigung namentlich der von der „Kreuz-Ztg.“ bezugenen Ergebnisse verwarf. Daß die Konservativen damit eine möglichst ungeeignete Persönlichkeit betraut hatten, änderte nichts an der Thatsache. Die „Kreuz-Ztg.“ nun sucht ihrem Schmerz durch einen kleinen Anfall gegen den national-liberalen Staatsredner, den Abgeordneten Möller, Luft zu machen, dessen Rede sie „trocken und dürrig“ nennt. Das ist Geschwätz; zu großen oratorischen Leistungen hat die vierjährige Diskussion überhaupt keinen Anlaß dargeboten. Keine Partei aber hat dabei so „schlecht abgemessen“, wie die konföderative, deren Staatsredner, dem Herrn v. Freyze, wie wir bereits gestern erwähnten, von der eigenen Parteipresse „Thorheiten“ vorgeworfen werden, durch welche die Konservativen um allen Kredit im Volke gebracht würden. Unter solchen Umständen ist die Bestimmung der „Kreuz-Ztg.“ allerdings sehr begreiflich. Und da kommt nun gar noch die traurige Nothwendigkeit hinzu, anlässlich des Sechstenjahres Stellung gegen das verkehrte Zentrum nehmen zu müssen! Wie die „Kreuz-Ztg.“ dies thut, das ist geradezu mittelmäßig. Sie motivirt die Verwerfung des Antrages ausschließlich mit der Begünstigung des französisch-russischen Einvernehmens durch den Papst und die Jesuiten! Also ohne diese Begünstigung würden die Konservativen für die Rückbehaltung der Jesuiten sein? Ach nein; die „Kreuz-Ztg.“ und ihre speziellen Begünstigungsgenossen müssen nur dann einen andern Vorwand finden, um mit Hilfe desselben trotz ihrer heißen Sehnsucht nach einem festen Bündnis mit dem Zentrum der antijesuitischen Stimmung der konservativen Wählerchaft Rechnung tragen zu können.

Zu der in Dresden am 15. April d. J. unterzeichneten internationalen Sanitätskonvention hat die großbritannische Regierung nachträglich ihren Beitritt erklären lassen, jedoch, wie wir hören, unter dem Vorbehalte, daß bezüglich der Behandlung von Personen, welche an Bord von verunglückten Schiffen ankommen, die aber bei der Ankunft nicht krank befunden werden, in England nicht die Dresdener Beschlüsse, sondern die bisherigen britischen Bestimmungen maßgebend seien. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, als Vertreter der im Anschluß an die Konferenz deren fernere Geschäfte führenden deutschen Regierung, soll nach vorgängigem Benehmen mit den betreffenden Mächten, im Namen der letzteren die bezüglichen Erklärungen angenommen haben. Das hierüber ausgenommene Protokoll soll demnach der Vorlage der Uebereinkunft an den Reichstag beigelegt werden.

Nachstehendes Schreiben veröffentlicht in der „Neuküster Ztg.“ Freiherr v. Huene: „Der Herr Reichsmittelmeister Dübner auf Badenau hat unter dem 19. d. Mts. an mich die vorläufige Anfrage gerichtet, ob ich bereit sein würde, das erledigte Reichstagsmandat für den Wahlkreis Neustadt O. S. anzunehmen. Ich habe sofort ablehnend geantwortet und glaube diesen meinen Standpunkt auch öffentlich zum Ausdruck bringen zu sollen. Die Verhältnisse, welche mich nach meiner Ueberzeugung verpflichten, bei den letzten Reichstagswahlen bereit zu sein, ein Mandat anzunehmen, liegen nicht mehr vor. Ich glaube bezeichnend zu sein, die persönlichen und sachlichen Gründe, welche mich schon früher gesteuert, damals nur zurückgehaltene Entschlüsse, ein Reichstagsmandat bis auf Weiteres nicht mehr anzunehmen, herbeigeführt hatten, nunmehr zur Geltung bringen zu dürfen.“

Ein Vokal-Beichtstatter schreibt: Bei der Definition von Racketen an Mitglieder der kaiserlichen Familie oder an hohe Staatsbeamte wird in Zukunft noch größere Vorsicht als bisher angewendet werden. Wie aus von uns informirter Seite mitgetheilt wird, soll das Defining solcher Beamten, resp. das Untersuchen etwa Verdacht erregender Sendungen, auf den betreffenden Postanstalten bereits vorgenommen werden, also ehe sie überhaupt in die Umgebung der Adressaten gelangen. Bei Sendungen, die auch nur die geringste Spur eines Verdachts aufkommen lassen, soll seitens der betreffenden Postanstalten sofort polizeiliche, sowie sachkundiger Beistand hinzugezogen werden. Man wird derartige bevorstehende Bestimmungen und Anordnungen theilweise mit als Ergebnis der Konferenzen zwischen dem Kaiser und dem Reichstanzler, sowie dessen Adjutanten, Major Ebmeyer, die anlässlich der Attentatsversuche stattfanden, zu betrachten haben. Wie uns von derselben Seite mitgetheilt wird, soll die Kaiserin, als sie von dem verunglückten Anschlag auf ihren Gemahl Kenntniz erhielt, außerordentlich erregt gewesen sein. Von den Anderen des Kaiserpaars soll nur der Kronprinz und Prinz Eitel-Fritz von dem Vorfalle Kenntniz erhalten haben.

Hannover, 30. November. Ihre Majestäten der Kaiserin und der Kaiserin trafen um 4 Uhr Nachmittags hier ein und begaben sich im offenen vierpännigen Wagen nach dem Schloß. Auf dem ganzen Wege vom Bahnhof bis zum Schloß bildete eine dicht gedrängte Menschenmenge Spektator, welche die Majestäten mit lebhaften Zurufen begrüßte.

Hannover, 30. November. Um 5 Uhr fand

bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin ein Diner statt, zu dem die Vorstände der Militär- und Zivilbehörden geladen waren. Um 7 1/2 Uhr erschienen beide Majestäten im königlichen Theater und nahmen in der großen Mittelloge Platz. Der erste Rang war für die Generalität, die Vorstände der Zivilbehörden und die Familien der hier garnisonirenden Regimenter reservirt. Nach dem zweiten Akt hielten die Majestäten Cerale.

München, 28. November. Die Nichtbestätigung der Ernennung des Kirchenhistorikers Dr. Langen (von der katholisch-theologischen Fakultät in Bonn) zum Mitgliede der Akademie der Wissenschaften ruft anhaltende Erregung hervor, weil sie längere Zeit schlummernde Gegensätze wieder geweckt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem wissenschaftlich bewährten Gelehrten die Bestätigung verweigert wurde, weil er Altatholizist ist. Natürlich hat der Kultusminister v. Müller die Geister des Zweifels nicht ohne triftige Gründe oder wenigstens ihm triftig scheinende Gründe heraufbeschworen. Die Sache hat ein politisches Vorpiel. Seit Beginn der Landtagsession befindet sich das Zentrum in etwas gereizter Stimmung, die sich dem Minister des Innern gegenüber bereits bei der ersten Staatsberatung sehr bemerkbar machte. Große für geleistet gehaltene Postulate (A. V. die Summe für die Bahnpost-Neubauten in München und Augsburg) wurden auf indirekte Veranlassung Döllers gestrichen. Der Kultusminister beschloß nun wohl kühnlich, für seinen Etat, besonders für eine beträchtlich erhöhte Forderung zum Besten der Akademie der Wissenschaften. Vermuthlich um dieses Postulat zu retten, hat der Minister augenscheinlich den Professor Langen geopfert. Was die Folgen des Schrittes betrifft, so herrscht augenblicklich unter den bayerischen Gelehrten eine große Bewegung. Direkt in Konflikt gerathen sind durch den Vorfall der Sekretäre der Akademie: Professor Köpfen und Professor v. Cornelius, welche beide Altatholiken sind.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte bei der Beratung der Landwehrvorlage der Landesvertheidigungsminister Graf Wersersheim, Oesterreich gehöre zu denjenigen Staaten, welche nur das unumgängliche Nothwendige fordern. Wer heute nicht hart sei, werde vergebens kämpfen und alle Freiheit verlieren. Er glaube, wenn die Opposition fühle, daß von ihrem Votum die Vertheidigung des Reiches abhängen, sie wäre patriotisch genug, für die Vorlage zu stimmen. Das Wahrscheit sei bei einer anderen Gelegenheit zu erörtern, übrigens sei er nicht gegen eine Ausdehnung des Wahlrechts. Die Resolution auf Aufhebung des ehrenrührigen Verfahrens sei unannehmbar. Die Duellefrage sei hier nicht zu lösen, aber gerade das ehrenrührige Verfahren bewirke eine Verringerung der Ehrenämter. Der Minister überlegte eingehend die angeblichen Felle von Soldatenmishandlungen. Ungeheuerkeiten seien nicht ganz zu vermeiden, aber eine Verhinderung bringe stets Remede. Graf Wersersheim hat schließlich die nationalen Gegensätze angestreift, die der Vertheidigung der Monarchie nicht zu verschärfen. (Geßelter Beifall.) Das Haus beschloß in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 61 Stimmen, in die Spezialberatung der Vorlage einzugehen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus betonte bei der Beratung des Budgets des Landesvertheidigungsministeriums der Minister Jerevsky, die Landwehr habe den möglichen Grad der Ausbildung erreicht, die Institution müsse jedoch immer weiter entwickelt werden. Der Mangel an Offizieren der Landwehr müsse behoben werden. Die 1160 fehlenden Offiziere müßten innerhalb 6 Jahren theils im Wege des Avancements, theils durch Vererbung aus dem stehenden Heere, theils durch Reserveoffiziere ergänzt werden. Von einer Germanisation sei keine Rede; die ungarische Landwehr sei und bleibe eine ungarische. Zur Befestigung der Selbstmorde thue die Kriegsverwaltung das Ihrige durch Bekämpfung der Vegetation und schlechten Behandlung der Mannschaft. Die weitere Debatte wurde auf heute vertagt.

Bes, 30. November. Der „Budaer Korrespondenz“ zufolge erfolgt die Vorlage des Gesetzesentwurfs über das Ehrenrecht sammt dem Motivenbericht in der Abgeordnetenhausung am Sonnabend.

Die Kaiserin ist Abends nach Miramare abgereist und tritt morgen in die Aussicht genommene mehrronatische Seereise an. Der Kaiser geleitete die Kaiserin zum Bahnhof, wo eine verzärlte Verabschiedung stattfand. Die vor dem Bahnhofe versammelte Volksmenge begrüßte die Majestäten auf's wärmste.

Schweiz.

Bern, 30. November. Eine Telegraphen-Agentur meldet, es werde große Beschäftigung an der Schweizer Grenze jetzt ausgeübt in Folge des neulich bei Zürich verübten Dynamitdiebstahls. Nach der Meldung verschiedener Züricher Blätter würde es sich um einen gewöhnlichen Diebstahl handeln, der nicht für anarchistische Verbrechen berechnet gewesen sei. Der Bundesanwalt hat übrigens von der Züricher Regierung einen amtlichen Bericht über den Hergang verlangt. Er finden ist jedenfalls die Mittheilung des Züricher „Standard“, der Bundesrath hätte bereits im Einvernehmen mit den auswärtigen Regierungen eine Liste über die auszuweisenden Anarchisten vereinbart.

Belgien.

Brüssel, 30. November. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha traf heute Nachmittags um 6 Uhr auf dem Nordbahnhof ein und wurde dabei von dem Könige, dem Grafen von Flandern und dem Prinzen Albert begrüßt. Am Abend war Galadiner im königlichen Schloß, zu dem die Gefandten von Deutschland und Großbritannien Einladungen erhalten hatten. Morgen ist Familiendiner bei dem Grafen von Flandern.

Frankreich.

Paris, 30. November. Wie bekannt, wird Rajmir Perier in einem von ihm gebildeten Kabinett das Ministerium des Aeußeren, Ramal dasjenige des Innern, Burdeau dasjenige der Finanzen und Spuller das Justizministerium übernehmen.

Großbritannien und Irland.

London, 30. November. Das Oberhaus

hat nach zweieinhalbstündiger Debatte die zweite Lesung der Haftpflichtbill angenommen.

Rußland.

Petersburg, 25. November. In den höheren Stellen der russischen Armee sind einige wichtige Veränderungen vorgegangen. Das in Uman an der österreichischen Grenze gelegene 12. Armeekorps und das 15. — Hauptquartier Warschau — wurden neu besetzt. Befehlshaber des 12. Armeekorps wurde der 60 Jahre alte Generalleutnant Batjanow, bisher Befehlshaber der 23. Infanteriedivision in Iteval. Der neue Korpskommandeur ist ein kriegserfahrener Soldat, der sich als Führer größerer Truppenmassen in den letzten Jahren hervorragend bewährte, so daß man in russischen Fachkreisen mit großer Zuversicht auf ihn blickt. Batjanow zeichnete sich schon im Krimkrieg als Lieutenant durch außerordentliche Tapferkeit bei der Vertreibung von Sebastopol aus und holte sich später in den asiatischen Feldzügen den goldenen Ehrenstern und den Georgs-Orden, 1879, bei dem ersten verunglückten Feldzug gegen die Turkmennen, befehligte er mit Auszeichnung das von ihm durch Tapferkeit befehligte 80. Infanterie-Regiment, in dessen Listen er auch weiter geführt wird. In den großen Herbstübungen der letzten Jahre schlug Batjanow stets seine Gegner, namentlich die Generale der Garde, was ihm in der Linie zu ganz besonderem Ansehen verhalf, umso mehr als er, ein seltener Fall, aus der Truppe und nicht aus dem Generalsstabe hervorgegangen ist. Der neuernannte Befehlshaber des 15. Armeekorps, Generalleutnant Stojetow, bisher Kommandeur der 18. Infanteriedivision in Lublin, hat dagegen fast seine gesamte glänzende Laufbahn im Generalsstabe zurückgelegt. Im Jahre 1855 zum Offizier befördert, sah sich Nikolai Grigorjewitsch schon nach vier Jahren im Generalsstab, in welchem er die verschiedensten Stellen bekleidete. Er that sich namentlich in den kaukasischen Kämpfen hervor, und nach kaum 20 Jahren war er bereits General. Im türkischen Kriege befehligte er anfänglich eine Brigade, dann die bulgarische Miliz und wurde neben andern Auszeichnungen mit dem Georgs-Orden belohnt. Später diente er im Militärbezirk Turkestan, bis er die vorgenannte Division an der preussischen Grenze erhielt, die er sieben Jahre befehligte. Stojetow ist 59 Jahre alt, erscheint aber weit jünger. Ebenfalls hat die russische Armee in den beiden genannten zwei besonders tüchtige Korpskommandeure erhalten. Vor kurzem verstarben zwei auch in deutschen Militärfachkreisen bekannte Generale, von Boguslawski und Sipjagin. Ersterer hat sich schon im ungarischen Feldzuge, namentlich bei Debreczin hervor, später im Krimkrieg. In verschiedenen Organisationsfragen, besonders aber in der Militärgesetzgebung hatte Boguslawski entscheidenden Einfluß; er starb als General der Infanterie und Mitglied des Kriegsraths. Generalleutnant Sipjagin bekleidete zuletzt eine angenehme Stellung in der Wohlthätigkeitsanstalten der Kaiserin; seine Stellung führte ihn früher öfters an den Berliner Hof.

Petersburg, 28. November. In einem ihrer bekanntesten Beichtstatter nennen die „Moskowskaja Wedomosti“ es einen Fehler, in Rußland einen Unterschied zwischen „Ausländern“ und „nationalistischen Ausländern“ zu machen. Alle gehörten sie unter die Klasse der Ausländer, unter denen natürlich das Moskauer Blatt die Deutschen versteht. Es betont nämlich unmittelbar darauf die Nothwendigkeit, die zeitweiligen Bestimmungen von 1892 über die Anwerbung von Personen nicht-russischer Herkunft in Wolhynien auch auf weitere Gouvernements auszuweiten, in denen „der deutsche Bandwurm“ sich festgesetzt habe; dem selbstverständlich bezogen sich vornehmlich auf „Deutsche“ alle diese Bestimmungen, und solle man daher in ihnen dem allgemeinen Ausdruck „Ausländer“ einen bestimmten Zusatz „ausgesonderte Leute deutscher Herkunft“ hinzufügen. Eine ähnliche schärfere Fassung enthielten ja auch die Gesetze von 1865 und 1885, die allen Leuten polnischer und litauischer Herkunft ihre Rechte bei Erwerbung von Immobilien in 10 Wogouvernements beschränkten.

Griechenland.

Athen, 22. November. Die verfloßene Woche, in welcher die Kammer pausirte, gehörte politisch sozusagen den Russen, deren Gesandter im Piräus ankert. Admiral Avelane wurde bei Hofe empfangen und ihm ein Gastmahl dafest gegeben. Andererseits gab der Admiral ein Fest an Bord, auf welchem die hiesige französische Kolonie, wenn auch geräuschlos, ihr Tonlen feierte. Daß in der Audienz von dem schon früher bekannten Plan einer russischen Flottenstation im Ägäischen Meere die Rede gewesen wurde von demselben Regierungsbüro, welches die Nachricht gebracht, zwei Tage später widerriefen, sei es in Folge des Wunsches, den ein Theil der Oppositionspresse darüber schlug, daß die Sache nicht zuerst an den verantwortlichen Minister gegangen, sei es in Folge der diplomatischen Verhandlungen, namentlich mit der englischen Regierung, welche sofort nach ihrer Audienz gepflogen wurden.

Amen.

Shanghai, 12. Oktober. Aus Peking kommt die Nachricht, daß der Bischof von Peking wegen hohen Alters den Kaiser um Enthebung von seinem Posten gebeten habe. Es ist dies nicht das erste Mal, aber bisher ist noch immer und so auch diesmal die Antwort gewesen, daß er nicht entbehrt werden könne. Auch auf seinen Vorschlag, einen Nachfolger für ihn zu bestimmen, ist man noch nicht eingegangen. Die meiste Aussicht würde wohl der Bischof von Tschang-Tschang in Wutschang, dem kein Mensch große Vergabung abspreiben kann, haben, wenn ihm nicht das unüberwindliche Hindernis entgegenstände, daß Tschang in der Provinz Pechili geboren ist. Unglücklicherweise seit 300 Jahren hat man sich nämlich in China streng darnach gerichtet, niemals einen Bischof oder einen Gouverneur seine Heimath zu regieren zu lassen, und davon wird man auch diesmal kaum abgehen. Unter den von vorgelegten Kandidaten vermißt man zunächst den Namen seines eigenen Bruders Si-Dan-tschang, des jetzigen Generalgouverneurs von Kwantung und Kwangsi. Bei dem in China allgemein üblichen Nepotismus erklärt sich diese Abweichung von der Regel nur daraus, daß dieser Bruder noch älter ist, als Si-Dung-tschang, also doch nicht wohl auf die Risse der Nachfolger eines jüngeren Bruders gesetzt werden kann, der wegen hohen

Annahme von Interden Kolmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Alters in den Ruhestand treten will. Vorgelegten sind zwei weniger bekannte hohe Mandarinen in Peking, ferner Schao-Ji-Pan, jetziger Gouverneur von Formosa, und endlich Wu-Ta-scheng, der als fremdenfeindlich gilt. Er wurde deshalb vor einem Jahr als Gouverneur nach Hunan geschickt, wo aber auch er aus eigenem Antriebe nicht viel zur Unterdrückung der Schmähchriften gethan hat. Wu hat vielleicht von den vielen die meisten Ansichten, weil er den sehr hohen Grad eines Hanlin besitzt, d. h. er hat das Examen in der Hanlin-Akademie (Hanlin heißt wörtlich Schreibpinsel-Wald) in Peking bestanden und damit den höchsten literarischen Rang errungen, den es in China giebt. Der sogenannte Partei A, die sich aus ihrer Heimathprovinz Anhui ergiebt, steht jedoch dieß gleichfalls sehr mächtige Partei A so aus Hunan gegenüber, die ihren Namen von dem Eroberer der Turkestan, Tjo Tjung-tang, trägt. Ihr gehörte unter andern auch der in Europa seinerzeit diegenannte Marquis Tcheng an. Beide Parteien hielten sich während der letzten Jahrzehnte in Peking ziemlich die Waage, weil die regierende Dynastie beiden viel verbannt; denn Si Tjung-tschang hat im Verein mit Gorbun in den 60 Jahren die sehr gefährliche Empörung der Taisings niedergeworfen, und Tjo Tjung-tang war es in dem folgenden Jahrzehnt gelungen, die ausgeübte Empörung im Westen, die sich wie ein Keil zwischen Tibet und die Mongolei schob und schon das eigentliche China bedrohte, völlig zu unterdrücken. Nimmt Si Tjung-tschang wirklich einmal seinen Abschied, so läßt sich der Kaiser die Gelegenheit vielleicht nicht entgehen, sich von beiden Parteien freizumachen und irgend einen unabhängigen hohen Mandarinen zum Nachfolger bis zu ernennen. Möglich ist es aber auch, daß wenigstens zunächst der Posten nicht wieder in derselben Weise besetzt werden wird. Si Tjung-tschang hat nämlich neben mehreren Hofämtern vor allem zwei wichtige Posten, den eines Vizegouverneurs von Pechili, dessen Hauptstadt eigentlich Peking ist, und den eines Generaldirektors des gesammten nördlichen Handels mit dem Siz in Tientsin. Möglicherweise werden beide Ämter später wieder getrennt. „Premierminister“, wie Si Tjung-tschang meistens in deutschen Zeitungen genannt wird, ist in China zunächst nur ein Titel, den mehr als einer haben kann. Si hat jedoch bei dem großen persönlichen Ansehen, das er bei Chinesen und Ausländern genießt und weil er die beiden genannten hohen Ämter in seiner Person vereinigt, thatsächlich seit langer Zeit den Platz eines ersten Beraters der Krone eingenommen, besonders in auswärtigen Angelegenheiten.

Leuchtgas.

(Schluß.)

Ich habe bereits die Gas Light & Coke Company, die erste und größte Gascompagnie der Welt, erwähnt, und es wird nicht uninteressant sein, derselben hier einige Worte zu widmen.

Das gesetzlich autorisirte Kapital dieser Gesellschaft beträgt nicht weniger als 12 000 000 Pfd. Sterling. Ihre jährlichen Abrechnungen ergeben an Ausgaben etwa 2 889 000 Pfd., gegen eine Einnahme von 3 673 000 Pfd., so daß ihre jährliche Revenue etwa drei Viertel einer Million Pfd. Sterling beträgt.

Von Vaction aus, im Osten Londons, wo ihre Hauptwerke sind, verbreiten sich ihre Leitungen wie ein ungeheures Netz über einen beträchtlichen Theil Londons, und ist die Länge derselben auf nicht weniger als 2000 englische Meilen geschätzt worden. Sie beschäftigen permanent etwa 11 000 Personen, und im Jahre 1892 verlor sie 220 000 Bohrer, 682 Röhren und Kapellen, 530 Eisenbahnstationen, 297 Hotels, 261 Regierungsgebäude, 265 Banken und 175 Hospitäler, neben einer großen Anzahl von Theatern, Märkten u. s. w. mit Gas.

Ihre Produktionskraft ist demgemäß auch eine ungeheure, und die Vaction-Werke können jeden Tag 56 1/2 Millionen Kubfuß Gas bei einem Verbrauch von 31 000 Tons Kohlen pro Woche erzeugen. Ihre Lagerräume für die letzteren Artikel sind auf 200 000 Tons berechnet, und so ungeheuer dies aus auch erscheinen mag, so ist die Anbahnung solcher fast selbstthätiger Vorräthe, in London wenigstens, eine durchaus nothwendige, denn klimatische Verhältnisse, namentlich der berühmte und berüchtigte Londoner Nebel, machen sehr häufig eine Kohlenzufuhr unmöglich. Im November 1891 hatten wir in London eine volle Woche dichten Nebels, eine Zeit, in der alle Flußschifffahrt außerhanden muß und selbst Eisenbahn und Verkehr bei Rad unter den größten Schwierigkeiten und dem größten Zeitverlust betrieben werden kann. Ohne die ungeheuren Kohlenvorräthe der Gesellschaft wäre ein großer Theil Londons damals in totale Finsterniß gehüllt worden, denn obgleich zu dieser Zeit zwölf der großen Gesellschaft zugehörige Kohlenwerke beladen in der Themse lagen, konnte kein einziges davon den Entlastungsplatz erreichen. Man sprach in London bereits über das endliche Vermeidung unvermeidliche Ausbrennen der Produktionskraft der Gesellschaft, glücklicherweise jedoch war dieselbe durch ihre Vorräthe allen diesen außerordentlichen Anforderungen gewachsen. Der Höhepunkt des Nebels kam am Donnerstag der beregneten Woche, wo London in absolute ägyptische Finsterniß gehüllt war, und auf diesem Tage produkte die Gesellschaft 128 000 000 Kubfuß Gas, eine Quantität, welche einer Säule von 1 Fuß Dike und gegen 24 242 englischen Meilen Höhe, dem ungefähren Umfang der Erde, bilden könnte. Der Verbrauch an Kohlen an diesem Tage betrug 13 000 Tons. Der jährliche Bedarf der Gesellschaft darin wird auf etwa zwei Millionen Tons geschätzt.

Eben so groß, wie im Anfang die Opposition gegen das neue Licht in England war, so scheint es auch bei uns in Deutschland gewesen zu sein, denn erst weit später finden wir dasselbe, und dies auch nur in den großen Städten, dessen Einführung. Die Mittel- und kleineren Städte begnügten sich noch lange Zeit mit den alten Leuchtampen. Es war etwa um das Jahr 1840, als mir in meiner schlesischen Vaterstadt zum ersten Male versprochen wurde, das neue Licht zu bewundern. Der Direktor unserer alten Realschule, ein alter würdiger Herr, dem ich persönlich alles zu verdanken habe, was ich in Naturwissenschaften weiß, hatte es unternommen, an einem Abend ein öffentliches Vokal mit Gas zu beleuchten. Die ganze Elite der Stadt war zugegen, ich kann nicht mehr genau erinnern, wie glücklichem Umstand ich es zu verdanken hatte, auch zugefallen
